



KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom
Kantonsratspräsident

19. September 2016
Andreas Hofer

B 48 Dekret über einen Sonderkredit für die Projektierung eines zentralen Verwaltungsgebäudes am Seetalplatz, Luzern Nord / Finanzdepartement

Antrag Guido Müller namens der SVP-Fraktion: Abtraktandierung.

Guido Müller: In den aktuellen Diskussionen zum weiteren Vorgehen in der Luzerner Finanzpolitik werden in nächster Zeit Entscheidungen getroffen, welche auch auf dieses Projekt Einfluss haben. Erst im Dezember wissen wir genau, was die eben zugestellte Wundertüte alles enthält und was davon Bestand haben wird. Eine Investition von 150 Millionen Franken an zentraler Lage mit einem möglichen Einsparpotenzial, das sich erst im Jahr 2024 realisiert, steht da etwas schräg in der Landschaft. Bevor wir einen solchen Entscheid treffen wollen, muss im Rahmen der Behandlung des KP17 geklärt werden, welche Aufgaben den Gemeinden weggenommen oder zusätzlich auferlegt werden. Wir denken da etwa an die Zentralisierung der Betriebs- und Konkursämter. Es freut mich, dass die CVP ein Ausgabenmoratorium durchsetzen will. Hier am Seetalplatz kann das zum ersten Mal auch umgesetzt werden. Die Mehrheit der Stimmbewölkerungen versteht es nicht, wenn ein Planungskredit in dieser Grösse beschlossen wird, bevor überhaupt die Massnahmen des KP17 sowie die Auswirkungen auf die Gemeinden diskutiert worden sind.

Herbert Widmer: Die FDP lehnt den Antrag ab. Er bringt weder Ersparnis noch Zeitgewinn. Es geht heute um den Projektierungskredit und nicht um den Bau, der im April 2021 beginnen soll. Für mich ist das Abtraktandieren des Geschäfts ein Zeichen des Versagens des Parlaments, ja sogar ein Verzicht auf die Übernahme der parlamentarischen Verantwortung.

Marcel Budmiger: Der Antrag ist symptomatisch für den Zustand des Kantons Luzern, insbesondere seiner Finanzen. Im neuen Zentrum des Kantons, im Entwicklungsgebiet Luzern Nord, soll die Entwicklung gestoppt werden, zumindest was den Kanton und seine Verwaltung betrifft. Eine Abtraktandierung des Geschäfts und das Abwarten der Beratung des KP17 ist eine eigentliche Bankrotterklärung. Man erhält die Gelegenheit, ohne Leistungsabbau, aber mit einem Effizienzgewinn über 7 Millionen Franken pro Jahr einzusparen. Nun soll der Kantonsrat kurz vor der KP17-Beratung das Signal aussenden, dass das Geld nicht einmal zum Sparen reicht, dass wir es uns nicht leisten können, effizienter zu werden und das neue Zentrum von Luzern weiterzuentwickeln. Wenn jährlich 7 Millionen Franken eingespart werden können, kostet uns eine Verschiebung von einem halben Jahr über 3,5 Millionen Franken. Da bekomme ich Mühe, den Verzicht auf diese Einsparungen den kantonalen Angestellten zu erklären. Bis der Baubeginn ansteht, liegen die monierten Entscheide längst vor. Die SP lehnt den Antrag ab.

Markus Hess: Die GLP lehnt den Antrag ebenfalls ab. Wir wollen keinen Investitionsstopp. Der Kanton ist gut finanziert. Das Problem liegt bei den laufenden Ausgaben. Das soll uns nicht hindern, den Seetalplatz zu bauen. Das ist ökologisch und ökonomisch sinnvoll. Mit der

Realisierung spart der Kanton 7,7 Millionen Franken im Verhältnis zu den heutigen Mietausgaben.

Katharina Meile: Wir wollen nicht, dass der Kanton Luzern stehen bleibt. Wir wollen, dass der Kanton sich entwickelt. Entwickeln bedeutet auch, zukunftsorientiert zu denken. Die Finanzlage ist zwar nicht rosig, aber wenn in nichts mehr investiert wird, können wir gleich bei allem Forfait geben. Mit einer zentralen Verwaltung kann zudem auf längere Sicht hinaus Geld gespart werden. Wir finden es richtig und wichtig, das Geschäft heute zu beraten, heute zu entscheiden und die Vorlage nicht abzutraktandieren.

Hanspeter Bucheli: Sparen bedeutet nicht, keine Investitionen mehr zu tätigen. Das Verwaltungsgebäude ist ein Projekt mit Sparpotenzial. Wenn wir dieses nutzen wollen, müssen wir die Investition tätigen. Es geht um die langfristige Zukunft des Kantons. Es wird eine Weiche gestellt. Die CVP lehnt die Abtraktandierung ab.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Marcel Schwerzmann.

Marcel Schwerzmann: Wir sprechen in diesem Rat sehr oft von Strategien und grossen Würfeln. Das ist nun eine Strategie, aber sie braucht Zeit. Je später wir eine Strategie starten, desto später kommt auch der Nutzen. Das Argument, dass die Einsparungen erst in den Jahren 2022/2023 anfallen, kann ich nicht nachvollziehen. Wenn wir jetzt die Behandlung verschieben, profitieren wir vom Nutzen noch später. Wir wollen diesen Gewinn möglichst rasch realisieren. Es ist ein echter Gewinn, der niemandem weh tut. Deshalb ist der Antrag abzulehnen.

Der Rat lehnt den Antrag mit 86 zu 29 Stimmen ab.

Für die Kommission Verkehr und Bau (VBK) spricht Kommissionspräsident Rolf Bossart.

Rolf Bossart: Die Kommission konnte sich anlässlich der Informationssitzung in den Räumlichkeiten der Firma Bison in Sursee durch einen Rundgang einen Einblick in die Grossraumbüros und Infrastrukturen verschaffen. Im Vorfeld wurden verschiedene Gebäude durch die Verantwortlichen besucht, so etwa das Nespresso-Gebäude in Lausanne, jenes von Microsoft in Zürich oder das PPP-Projekt in Burgdorf. Solche Grossprojekte bedürfen einer intensiven und genauen Prüfung mit Vergleichen ähnlicher Gebäude und Nutzungen. Dies war sich die Kommission bei dieser Investitionsgrösse sehr wohl bewusst. Gerade aber aus diesem Grund braucht es rasch detaillierte Projektierungsunterlagen. Eine Verschiebung auf einen späteren Zeitpunkt fand in der Kommission, wenn auch knapp, keine Mehrheit. Die Flächenberechnungen (m²) pro Arbeitsplatz und deren Flächenarten wurden uns erläutert. Die VBK legt mit Nachdruck Wert darauf, dass die Wirtschaftlichkeit des Projekts noch gesteigert wird, insbesondere – wenn auch innerhalb der Normen – die Fläche pro Arbeitsplatz kritisch hinterfragt wird. Ich muss hier aber erwähnen, dass die Quadratmeterdiskussion nicht bei allen Kommissionsmitgliedern Priorität hatte. Für die eigentliche Botschaft (Bauprojekt) soll der Regierungsrat das Einsparungspotenzial detailliert aufzeigen. Diskutiert wurde auch über Prozessoptimierungen, Möglichkeiten einer engen Prozessbegleitung, Teilzeit und Home-Office-Modelle, Totalunternehmerausschreibungen und Wirtschaftlichkeitsberechnungen auf 15 Jahre (Payback). Die VBK stimmt der Vorlage mit 13 zu 0 Stimmen zu. Der Antrag auf Verschiebung bis zum Januar 2017 wurde in zweiter Abstimmung mit 7 zu 6 Stimmen abgelehnt.

Für die CVP-Fraktion spricht Hanspeter Bucheli.

Hanspeter Bucheli: Es ist eine sehr schwierige Entscheidung, ein 160 Millionen Franken teures Bauprojekt in Planung zu geben, wenn der künftige Bauherr, der Kanton Luzern, in finanziell schwierigen Zeiten steckt. Auf der anderen Seite müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass die Verwaltung ihre Aufgaben zum Teil in suboptimalen Büroräumlichkeiten erfüllt. Wenn ich höre, dass sich unsere Verwaltung in einigen Fällen in Wohnungen befindet, wo noch Küche und Bad installiert sind und sich der Rechner im Badezimmer auf der Badewanne befindet, frage ich mich, in welchem Zeitalter unsere Verwaltung stecken geblieben ist – natürlich in räumlicher Hinsicht. Berücksichtigen wir die nicht optimale Ist-Situation und den prognostizierten Kostenvorteil von 7,7 Millionen Franken pro Jahr, müsste eine Entscheidung leichtfallen. Doch so war es bei der CVP-Fraktion nicht. Wir stellen fest, dass den Berechnungen sehr viele Annahmen zugrunde liegen, die einer

Dynamik unterworfen sind, die nur sehr schwer voraussehbar ist. So könnte dieser Kostenvorteil leicht viel höher sein, aber auch gegen null tendieren. Der CVP-Fraktion ist es ein Anliegen, dass der Wirtschaftlichkeit noch grössere Beachtung geschenkt wird. Denn nur mit einem neuen Verwaltungsgebäude allein hat man noch nicht gespart. Wir sind aber überzeugt, dass das Synergiepotenzial noch höher liegt, als uns das in der Botschaft aufgezeigt wird. Auf den Punkt gebracht heisst das: Das Verhältnis zwischen Investitionssumme und dem Kostenvorteil pro Jahr muss verbessert werden. Wir fordern einen Payback von unter 15 Jahren. Die vermietbare Fläche pro Arbeitsplatz von 18–23 m² muss auf unter 18 m² gesenkt werden. Unter diesen Vorgaben und mit dem Glauben an die Zukunft eines starken Kantons Luzern wird die CVP-Fraktion diesem Projektierungskredit von 5 Millionen Franken grossmehrheitlich zustimmen.

Für die SVP-Fraktion spricht Daniel Keller.

Daniel Keller: Das zentrale Verwaltungsgebäude am Seetalplatz ist wohl eines der innovativsten Projekte der letzten Jahre. Mit der Waffel eröffnen sich eine Vielzahl von Chancen für den Kanton Luzern, für Emmen als neuen Standort, aber gerade auch für die Stadt Luzern. Heute sind über 30 kantonale Organisationseinheiten wild zerstreut in eigenen, meistens aber teuer angemieteten Räumlichkeiten, vorwiegend in der Stadt Luzern, angesiedelt. Neu soll die Verwaltung in modernen Multi-Space-Büros untergebracht werden. Durch die Nähe ergeben sich eine erhöhte betriebliche Effizienz und eine optimierte Flächennutzung, was die Betriebskosten nachhaltig reduziert. Die Einsparungen belaufen sich allein bei den Mietkosten jährlich auf rund 5,5 Millionen Franken. Insgesamt rechnet die Verwaltung mit Einsparungen von 7,7 Millionen Franken jedes Jahr, was einen Payback in rund 20 Jahren ermöglicht. Da ist die Forderung der CVP wohl zu optimistisch. Der Vorteil für den Bürger ist, dass er in einem Gebäude eine Vielzahl von Anlaufstellen für verwaltungsspezifische Anliegen hat. Emmen profitiert vom Entwicklungsschwerpunkt Emmen Seetalplatz mit zahlreichen neuen Arbeitsstellen. Aber auch neue Firmen sollen nebst Wohnungen in diesem Gebiet angesiedelt werden. Die Stadt Luzern profitiert ebenfalls enorm von dieser Entwicklung, werden doch viele Büros frei. Diese können neu durch steuerzahlendes Gewerbe oder wieder als Wohnungen genutzt werden. Der Kanton spart erhebliche Betriebskosten, wenn er das neue Verwaltungsgebäude selber baut und zusätzliche Räume vermietet, anstatt es durch eine Privatfinanzierung realisieren lässt. Das haben detaillierte Abklärungen ergeben. Mit diesem Projekt sparen wir mittel- bis langfristig Steuergelder und erhöhen gleichzeitig die Effizienz bei den Abläufen in der Verwaltung. Es handelt sich somit um eine klassische Win-win-Situation. Wir legen aber nicht morgen los mit Bauen. Aber wir benötigen jetzt die Bewilligung des Projektierungskredits von 5 Millionen Franken. Der Seetalplatz wird eben jetzt neu gebaut. Es wäre komplett ineffizient, weisse Flecken ungenutzt über Jahre stehen zu lassen und zuzuwarten. Falls sich der Bedarf an Räumen der kantonalen Verwaltung aufgrund von Anpassungen bei Leistungen und Strukturen noch verändern sollte, bleibt genügend Zeit, vor der detaillierten Umsetzung noch Anpassungen vorzunehmen. Die Realisierung und Inbetriebnahme ist frühestens im Jahr 2023 geplant. Die SVP-Fraktion stimmt aus all diesen Gründen mehrheitlich dem Projektierungskredit für das neue kantonale Verwaltungsgebäude und somit der Botschaft B 48 zu.

Für die FDP-Fraktion spricht Herbert Widmer.

Herbert Widmer: 30 Dienststellen der kantonalen Verwaltung, heute weit verstreut in Stadt und Agglomeration Luzern, sollen in einem zentralen Gebäude am Seetalplatz zusammengefasst werden. Das ist eine vernünftige und zukunftsorientierte Lösung, welche die FDP voll und ganz unterstützt. Dafür sprechen: die Zentralisierung der Arbeitsflächen bei geringerem Flächenbedarf von zirka minus 30 Prozent, das Freiwerden von Bürofläche im Umfang von zirka 36'000 m² in der Stadt Luzern für das Gewerbe, tiefere Arbeitsplatz- und Bewirtschaftungskosten, Einsparungen von zirka 7,7 Millionen Franken sowie eine effizientere Zusammenarbeit der verschiedenen Dienststellen. Es ist zu betonen, dass wir heute über den Projektierungskredit sprechen und der Bau ab April 2021 an die Hand genommen werden soll. Gelegentlich ist zu hören, dass die Politik einen Luxuspalast

erstellen wolle. Die Rahmenbedingungen sind vernünftig vorgegeben und führen zu Einsparungen. Gerade in Zeiten der knappen Mittel gilt es, in kostengünstige und zukunftsorientierte Lösungen zu investieren. Aus diesem Grund unterstützen wir auch die Absicht der Regierung, das Projekt selbst durchzuführen und nicht einen Investor damit zu beauftragen. Es gilt auch, die Hand auf dem wertvollen Grundstück am Seetalplatz zu halten. Es ist richtig, wenn wir heute betonen, dass in der Projektierungsphase noch mehr Einsparungsmöglichkeiten gesucht werden sollen. Es ist richtig, dass über die beste Organisation der Dienststellen im zentralen Verwaltungsgebäude diskutiert werden soll und überlegt wird, wie viele Quadratmeter der einzelne Arbeitsplatz – wohl nicht jeder gleich viel – benötigt. Diese Frage löste denn auch in der Kommissionsarbeit heftige Diskussionen aus. Nachdem mit der heutigen Lösung mit in Stadt und Agglomeration verstreuten Dienststellen eine durchschnittliche Arbeitsfläche von 31 m² beansprucht wurde, führten einzelne Kommissionsmitglieder aus, 16 m² seien genug. In der Botschaft sind 18–23 m² genannt. Der Bund spricht von 20 m². Wir wollen eine kostengünstige Lösung, aber überlassen die entsprechenden Analysen und Vorschläge der Projektierungsarbeit. Es ist falsch zu glauben, dass wir Kantonsrätinnen und Kantonsräte die Projektierungsarbeiten selbst übernehmen sollten oder gar könnten. Nach dem Mitbericht der PFK und gewissen Diskussionen in der Kommission steht die Frage im Raum, ob das vorliegende Geschäft bis Januar 2017 sistiert werden soll. Das Geschäft soll nicht beschlossen werden, während gleichzeitig Sparvorschläge zu diskutieren sind. Nur: die Botschaft B 48 ist für uns ein Teil dieser Sparvorschläge, indem eine zukunftsorientierte, kostengünstige Lösung gesucht wird, welche uns ermöglicht, mit tieferen Mieten und Synergieeffekten jährlich 7,7 Millionen Franken einzusparen. Das KP17, der nächste AFP und anderes mehr sollen nicht dazu führen, dass wir nicht mehr denken und planen dürfen. Der Bau soll erst in vier Jahren realisiert werden. Wer soll uns noch helfen, wenn es uns bis dahin nicht gelungen ist, unsere Finanzen ins Lot zu bringen? In diesem Sinn tritt die FDP auf die Vorlage ein und stimmt ihr zu.

Für die SP-Fraktion spricht Marcel Budmiger.

Marcel Budmiger: Die SP steht hinter der Entwicklung am Seetalplatz. An diesem Ort besteht die einmalige Chance, ein ganzes städtisches Quartier zu planen und zu entwickeln. Das nimmt auch Druck vom Zentrum Luzern weg. Vielleicht besteht ein künftiger Geldgeber für ein Theaterhaus oder Museum ja auf dem Standort Luzern Nord/Emmen und nicht mehr nur direkt am See. Doch zuerst muss das Gebiet jetzt weiterentwickelt werden, und was würde mehr Schub auslösen, als wenn sinnbildlich der ganze Kanton in Form des zentralen Verwaltungsgebäudes nach Emmen zieht? Statt über diese Entwicklung wird im Zusammenhang mit der Waffel eher von Sparen geredet. Über 7 Millionen Franken können jährlich eingespart werden, was aber nicht mit Leistungsabbau, sondern mit mehr Effizienz begründet werden kann. Geteilte Sitzungszimmer, kürzere Wege innerhalb der Verwaltung, ein zentraler Empfang, all das bringt finanzielle Vorteile, ist aber auch angenehmer zum Arbeiten. Das ist für die SP der entscheidende Punkt. Ein Grossraumbüro, welches nur auf Kostenoptimierung getrimmt ist, schafft ein schlechtes Arbeitsklima und macht so auch viele, von Schreibtischtätern angedachte Kostenoptimierungen gerade wieder zunichte. Wir erwarten, dass das Personal, die Dienststellen und auch die ausgewiesenen Spezialisten der Hochschule Luzern in die Raumgestaltung einbezogen werden. Das ist uns in der Kommissionsberatung auch versprochen worden. Wenn jetzt mehr Wirtschaftlichkeit gefordert wird und damit nur die Reduktion von verfügbarer Fläche pro Mitarbeitende gemeint ist, laufen wir Gefahr, dass letztlich die Wirtschaftlichkeit sinkt. Es ist dann eben wieder die Buchhaltermentalität, welche mehr Wert auf Quadratmeterzahlen legt als auf motivierte und produktive Mitarbeitende, zumal die angestrebte Hauptnutzfläche bereits heute schon bei 15–16 m² liegt. Wir sagen trotz der Debatte in der Kommission Ja zum Planungskredit. Ob wir dann auch dem Baukredit zustimmen werden, hängt davon ab, welche Arbeitsbedingungen die Staatsangestellten am Seetalplatz vorfinden werden. Wir wollen eine Organisationsentwicklung, nicht einen Organisationsabbau. Ebenfalls diskutiert wurde die Forderung nach einem Investor, welcher das Projekt realisieren soll. Das würde

sich, wenn wir schon von Wirtschaftlichkeit reden, ganz und gar nicht rechnen. Es kommt eben günstiger, wenn der Kanton als Bauherr auftritt und nicht ein Investor, der wohl weniger das Wohl des Kantons als seine eigene Rendite in den Mittelpunkt stellt. Die SP will die Zentralisierung der Verwaltung zum Wohl des Kantons und seiner Mitarbeitenden und nicht zum Wohl eines Investors. Die SP tritt auf die Botschaft ein und stimmt dem Sonderkredit zu.

Für die Grüne Fraktion spricht Katharina Meile.

Katharina Meile: Aktuell kommt es mir vor, als ob der Kanton Luzern stehen bleibt. Nichts geht mehr. Es findet kaum eine Entwicklung statt. Man spricht nur noch von Abbau. Dabei ist es so wichtig, dass Luzern in zukunftsweisende Projekte investiert und weiter denkt als nur bis zum nächsten Budget. Mit der vorliegenden Botschaft zeigt der Kanton, dass er doch noch gewillt ist, voranzugehen und in den Fortschritt zu investieren. Das freut uns Grüne. Auch wenn Luzern schwierige Zeiten durchmacht, ist es richtig, das zentrale Verwaltungsgebäude am Seetalplatz in Angriff zu nehmen. Auf dem und um den Seetalplatz findet eine Entwicklung statt, ein neuer Stadtteil entsteht. Wichtig ist, dass der Kanton mit Beispiel vorangeht und die Gestaltung mitprägt und städtebauliche Akzente setzt. Er hat es in der Hand, ob im Gebiet ein interessantes, fortschrittliches Quartier entsteht oder eine vernachlässigte Brache, welche nur durch den Verkehr belebt wird. Es braucht den kantonalen Anschlag durch die Verwaltung. Wenn der Kanton auf diesem Areal nicht baut, bleibt es wohl jahrelang eine Brache. Das wäre falsch. Zusätzlich hat man mit der Umgestaltung im Strassenbau auf dem Seetalplatz eine hohe Vorinvestition getätigt. Soll man jetzt nicht davon profitieren? Mit dem Projekt zentrale Verwaltung wird gezeigt, dass der Kanton seine Verantwortung wahrnimmt, auch gegenüber Emmen. Das Projekt ist auch wichtig für die Entwicklung dieser Gemeinde. Der Standort ist für eine Verwaltung gut gelegen. Mit dem Neubau des Busterminals und der Nähe zum Bahnhof ist der Standort ideal erschlossen. Die Velo- und Fusswege sind ebenfalls neu gemacht. Die Erreichbarkeit ist also wunderbar gewährleistet. Wenn jetzt die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Verwaltung sich teilweise nicht besonders auf einen Umzug freuen, kann ich das nachvollziehen. Schliesslich ist es sehr patent, direkt in der Stadt zu arbeiten. Doch mich dünkt, man darf nicht so kleinräumig denken. Die Stadt entwickelt sich und verschmilzt mit der Agglomeration. Im Vergleich zu anderen Städten ist der Seetalplatz sehr zentral. Es ist nicht nur eine Chance, einen Stadtteil zu gestalten und zu prägen, sondern auch eine Chance, den Kanton Luzern zukunftsgerichtet zu entwickeln. Mit modernen, flexiblen Arbeitsplätzen und Synergiegewinnen stellt sich Luzern neu auf. Dass künftig die verschiedenen Dienstabteilungen unter einem Dach sein sollen, ist ein Gewinn. Damit können Arbeitsabläufe neu gestaltet werden, und der Austausch zwischen den verschiedenen Abteilungen findet reger beziehungsweise alltäglicher statt. Ich finde das sinnvoll. Heute sind die Büros der Verwaltung an diversen Orten in Wohnungen eingemietet. Der Kanton bezahlt für die Arbeitsflächen im Verhältnis viel. Die Büros sind teuer. Gerade auch unter diesem Aspekt scheint es uns Grünen klug, eine neue Verwaltung zu bauen. So können Kosten gesenkt werden, und das erst noch an einem Ort, wo die Einsparung Sinn macht, im Gegensatz zu Einsparungen bei guten Arbeitsbedingungen. Die frei werdenden Büros können wieder als Wohnungen genutzt werden. Die Stadt braucht mehr Wohnraum, aber nicht nur im Luxussegment. Zum Projekt selbst: Heute sprechen wir über den Projektierungskredit. Eigentlich sind erst die Eckpunkte klar. Wie das Gebäude respektive die neue Verwaltung aussehen sollen, wird erst noch erarbeitet. Dabei ist es uns Grünen wichtig, dass der Kanton selbst baut und das Projekt nicht durch ein Investorenmodell aus der Hand gibt. Dann muss niemandem Rendite abgeliefert werden. Das macht es langfristig flexibler und wohl auch günstiger. Die Verwaltung ist die Kernaufgabe und wird das auch bleiben. Daher soll der Kanton auch für das Gebäude verantwortlich sein. In der Botschaft steht, dass beim Bau teilweise auf einen Totalunternehmer gesetzt werden soll. Dieser sei nicht an das Gesetz über die öffentlichen Beschaffungen gebunden. Dem stehen wir sehr kritisch gegenüber. Wir wollen klare Regeln auf dieser Baustelle und keinen Skandal mit unterbezahlten Bauarbeitern aus dem Ausland. Wenn ich von Chance und zukunftsweisend spreche, muss das aus grüner Sicht nicht nur für die Entwicklung des Kantons gelten,

sondern ganz klar auch für die Bauweise. Es braucht Minergie-P-Eco-Standard. Auf das Dach gehört eine Photovoltaikanlage, und um wirklich fortschrittlich zu sein, soll auch die Fassade zur Stromerzeugung genutzt werden. Damit setzt man nicht nur städtebauliche Akzente, sondern spart Strom und Kosten auf längere Sicht. In der Botschaft wird hervorgehoben, dass es durch die zentrale Verwaltung über 7 Millionen Franken Einsparungen geben wird. Wenn das eintrifft, ist es super. Noch sind wir aber skeptisch, ob die Kosteneinsparung tatsächlich in diesem Ausmass ausfallen wird. Wir werden es sehen. Wir befürchten, dass die Bevölkerung bei der aktuellen Finanzlage nicht auf Anhieb sieht, warum der Kanton ein neues, zentrales Verwaltungsgebäude bauen will. Wir Grünen verstehen diese Skepsis, da man dauernd in wichtigen Bereichen wie der Bildung, im Sozialbereich und beim Personal spart. Man muss gut aufzeigen, welche Vorteile das Projekt hat und welche Chance zur Weiterentwicklung von Kanton, Stadt und Emmen besteht. Wir gewichten die Investition in die Zukunft hoch, treten auf die Botschaft ein und stimmen dem Dekret zu.

Für die GLP-Fraktion spricht Markus Hess.

Markus Hess: Wir sind für Eintreten und Zustimmung. Der Projektierungskredit von 5 Millionen Franken geht in Ordnung. Es gibt eine Einsparung von 7,7 Millionen Franken. Es handelt sich tatsächlich um einen konkreten Sparvorschlag. Da sind wir uns mit der FDP einig. Der Seetalplatz ist zwar eine schöne Pforte zur Stadt Luzern, aber der Platz ist in der Nähe des Kampfjetflugplatzes. Er ist täglich und ganztägig ein sehr stark befahrener Verkehrsknotenpunkt. Noch gibt es keine CO₂-Messungen. Neben Verwaltungsmitarbeitenden kommen auch Private mit Kindern an diesen Seetalplatz. Wir erachten die Eigentümerstrategie als sinnvoll. Unterhalt und andere Infrastrukturfragen können direkt und transparent zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmenden besprochen werden. Das Eigentum sichert auch den Standort. Es kann keine Kündigungen durch Dritte geben. Weiter kann der Eigentümer an der Wertsteigerung der Liegenschaft partizipieren. Wir hoffen stark, dass diese Wertsteigerung dann auch stattfindet. Der Kanton kann sich selbst günstiger Fremdkapital beschaffen als ein Investor. Im AFP 2016–2019 sind 150 Millionen Franken eingestellt. Für das Planungsjahr 2017 ist ein Planungskredit von 2,5 Millionen Franken bereit. Es ist gut aufgegleist. Es entsteht ein Mehrwert. Die kantonale Verwaltung verfügt über eine zentrale Anlaufstelle. Es entstehen Synergien durch effizientere und effektivere Zusammenarbeit am gleichen Ort. Das gilt für Mitarbeitende und Vorgesetzte. Zudem wird Wohn- und Arbeitsraum für die Stadt Luzern geschaffen. Die jährlichen Einsparungen des Kantons sind beträchtlich und zu begrüßen.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Marcel Schwerzmann.

Marcel Schwerzmann: Wir haben in der Immobilienstrategie, welche im Jahr 2011 aufgelegt wurde, zum ersten Mal von diesem zentralen Verwaltungsgebäude gesprochen. Seither ist sehr viel geschehen. Es wurden viele Häuser besichtigt. Wir haben es uns nicht einfach gemacht und im politischen Kreislauf sehr viel diskutiert. Was nun als Botschaft für einen Planungskredit vorliegt, darf als ausgereift bezeichnet werden. Die Botschaft beantwortet zwar noch nicht alle Fragen, etwa zur Wirtschaftlichkeit oder Energie, aber das Projekt weist bereits einen sehr guten Stand auf. Wir bleiben an diesen Themen dran. Wir sind daran interessiert, ein möglichst effizientes Gebäude zu erhalten, energietechnisch, finanziell und ablaufmässig. Was die Quadratmeter angeht, so sprechen wir immer von einem Arbeitsplatz, vermischen das aber mit allen anderen Begriffen. Der Arbeitsplatz wird ungefähr 6–7 m² umfassen. Ein Büropult, auf das zwei Bildschirme passen, braucht heute ein mal zwei Meter. Dann brauchen sie den gleichen Platz noch hinter dem Pult und noch ein Gestell. Damit stehen wir bei 6 m². Das ist ein Arbeitsplatz, und man kann da nicht von Luxus sprechen. Bei den 20 m² sind alle funktionalen Flächen wie Toiletten, Kantine und Empfang mitgerechnet. Es wird kein Büro mit 20 m² geben. Open Space ist nicht mit einem Grossraumbüro zu verwechseln, wie das in den 80er-Jahren bei Grossbanken praktiziert wurde. Open Space heisst ganz modular einrichtbare Büroarbeitsplätze, die als Zweier-, Dreier- oder Viererbüros optisch und akustisch abgeschirmt sind. Wir sind sehr daran interessiert, die in der Botschaft genannte Rendite zu erreichen und gar noch zu erhöhen.

Wir können Ihnen aber nicht versprechen, wie hoch sie dann wirklich wird. Das wird die Planung zeigen. Emmen ist heute auch schon bewohnt. Da sind auch Wohnungen geplant, die sich ebenfalls in der An- und Abflugschneise befinden. Es gibt auch heute bereits Bürogebäude. Man geht nicht in ein heute geschlossenes Gebiet. Die Gemeinde beurteilt und macht das richtig. Das Bisongebäude ist optisch das idealste Beispiel, um das Konzept zu visualisieren. Damit wird dem Architekturwettbewerb nicht vorgegriffen. Es wird gut für die Mitarbeitenden und die Bevölkerung.

Der Rat tritt auf die Vorlage ein.

In der Schlussabstimmung stimmt der Rat dem Dekret über einen Sonderkredit für die Projektierung eines zentralen Verwaltungsgebäudes am Seetalplatz in Luzern Nord, wie es aus der Beratung hervorgegangen ist, mit 91 zu 12 Stimmen zu.